

**DER REGIONALRAT
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

Nr. / Sitzung	StA	51.VA	PA	RR
Datum		20.3.2014		
N I E D E R S C H R I F T Düsseldorf, den 22. April 2014				

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf, Plenarsaal

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 10.45 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. Formalien

2. Genehmigung der Niederschrift über die 50. Sitzung des Verkehrsausschusses am 01.12.2013

3. Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) –Teil Straße- hier: Sachstandsbericht über die Landesmeldungen von Projektvorschlägen zur Bewertung

Vorlage: 3/ 51 VA

4. Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau 2014 hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Vorlage: 4/ 51 VA bzw. 6/ 55 RR

5. Förderprogramm für die Nahmobilität 2014 hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Vorlage: 5/ 51 VA bzw. 7/ 55 RR

6. Ergebnisdarstellung des Förderprogrammes 2013 für den kommunalen Straßenbau und der Nahmobilität hier: Berichterstattung über die Ergebnisse im Jahr 2013

Vorlage: 6/ 51 VA

7. Information der Verwaltung - Betuwe

8. Verschiedenes

TOP 1 : Formalien

Die Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Frau Gunhild Saringen (SPD), begrüßt alle Anwesenden.

Die Vorsitzende weist auf die als Tischvorlage zu TOP 7 ausliegende Landtagsvorlage 16/1701: „Planfeststellungen für den Bundes- und Landesstraßenbau NRW“ zum TOP Info der Verwaltung hin.

Frau Saringen (SPD) informiert den Verkehrsausschuss darüber, dass ein Vertreter des Ministeriums für Bauern, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr für weitergehende Informationen des Ausschusses zum Bundesverkehrswegeplan heute nicht zur Verfügung steht. Ggf. könne dies in einer der künftigen Sitzungen zu dem Thema BVWP erfolgen.

Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Ladung fest und bittet um Genehmigung der Tagesordnung.

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 50. Sitzung des Verkehrsausschusses am 04.12.2013

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 3: Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) –Teil Straße- hier: Sachstandsbericht über die Landesmeldungen von Projektvorschlägen zur Bewertung

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 3/51 VA vom 17.02.2014.

Herr Petrauschke (CDU) erklärt nochmals seine Verwunderung darüber, dass der Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr Projekte, die der Regionalrat als Vorschlag 58112/2014

für die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) beschlossen hat, ohne Angabe von Gründen nicht an das Bundesministerium weiterleitet. Dieses Vorgehen könne auch als Missachtung des Regionalrates gewertet werden. Als Vorsitzender des Regionalrates möchte er sich vorbehalten, die Projekte als Dritter direkt an das Bundesverkehrsministerium zu melden und die Begründung des Landes im Nachgang abwarten.

Frau Saringen (SPD) möchte den genauen Termin, zu dem die Meldungen an den Bund weitergegeben werden müssen, erfahren.

Herr Plück (Verwaltung) erläutert, dass die vom Regionalrat beschlossenen Projekte von der Bezirksregierung an das Landesministerium weitergereicht worden sind. Die Antworten der Kleinen Anfragen im Landtag zu diesem Thema seien noch nicht abgestimmt. Das Ministerium habe zugesagt, die Antworten weiterzugeben, sobald diese vorlägen. Detailliertere Auskünfte könnten momentan noch nicht gemacht werden, auch weil die Bezirksregierung an die Meldung im Verwaltungsstrang gebunden sei.

Herr Hildemann (SPD) bittet darum, Information weiterzugeben, sobald diese vorliegen.

Frau Saringen (SPD) bittet Herrn Plück um eine Einschätzung, wie sinnvoll eine Einladung von Herrn Dr. Mühl vom Ministerium zu einem späteren Zeitpunkt ist.

Eine erneute Einladung von Herr Dr. Mühl später im Jahr könnte lt. Herrn Plück (Verwaltung) zur weiteren Information beitragen.

Herr Papen (CDU) erläutert seine Erwartung einer zeitnahen Begründung für die Streichung der Vorschläge vom Ministerium, damit keine Fristen verstreichen. Herr Papen greift den Vorschlag von Herrn Petrauschke auf und versteht diesen so, dass der Verkehrsausschuss den Regionalratsvorsitzenden bittet, in eigener Verantwortung als Regionalratsvorsitzender diese fünf Vorschläge an den Bundesverkehrsminister mit Durchschrift an das Landesministerium weiter zu melden.

Frau Saringen (SPD) unterstützt dies grundsätzlich.

Herr Hildemann (SPD) beantragt für die SPD-Fraktion diesen Tagesordnungspunkt im Regionalrat zu behandeln.

Herr Czerwinski (Bündnis90/Die Grünen) fragt nach, ob gemeint sei, zuerst an das Land hinsichtlich einer Begründung zu schreiben mit dem Vorbehalt, unmittelbar an den Bund zu melden.

Frau Saringen (SPD) verdeutlicht, dass in dieser Sitzung entschieden werden kann, an das Land zu schreiben mit der dringenden Bitte, eine Begründung abzugeben.

Für Herrn Papen (CDU) ist eine Reaktion des Regionalrates geboten, da ansonsten die Streichung widerspruchlos akzeptiert würde. Die CDU-Fraktion sei nicht damit einverstanden, dieses Vorgehen ohne Begründung hinzunehmen.

Herr Hildemann (SPD) möchte eine Klarstellung, wer der Adressat des zu fertigenden Schreibens sein soll.

Herr Petrauschke (CDU) betont, dass das Land bereits mehrfach angeschrieben worden ist. Eine umfassende Antwort sei bisher nicht erfolgt und das Landesministerium habe selbst erklärt, dass auch Dritte melden können. Sollte keine zeitnahe Begründung vom Land abgegeben werden, wolle er die vom Regionalrat beschlossenen Projekte an den Bund weitergeben.

Herr Czerwinski (Bündnis90/Die Grünen) versteht es so, dass zuerst an das Land geschrieben werden soll mit dem Vorbehalt, an den Bund zu schreiben.

Frau Sartingen (SPD) fasst zusammen, dass der Tagesordnungspunkt im Regionalrat erörtert werden soll.

Auf Anregung der CDU-Fraktion möge der Regionalratsvorsitzende das MBWSV NRW erneut um ergänzende Begründung für die Nichtberücksichtigung der vom Regionalrat beschlossenen Projektvorschläge zur Neuaufstellung des BVWP bitten, da es auf frühere Schreiben nicht reagiert hat.

Sollte eine Antwort des Ministeriums nicht bis zur Regionalratssitzung vorliegen, soll dann beraten werden, die Projektvorschläge als Dritter direkt dem Bundesministerium zu unterbreiten.

Der Verkehrsausschuss bittet den Regionalrat einstimmig das Thema auf die Tagesordnung seiner Sitzung am 04.03.2014 zu nehmen.

TOP 4: Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau 2014

hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 4/51 VA bzw. 6 /55 RR vom 19.02.2014

Herr Selders (CDU) signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Vorlage. Er meint, dass zu wenig Geld für den kommunalen Straßenbau zur Verfügung gestellt werde. Der Kompromiss zwischen Bund und Ländern, bis 2019 130 Mio. € jedes Jahr zur Verfügung zu stellen, werde zur Kenntnis genommen. Da diese Mittel aber durch Verpflichtungsermächtigungen etc. auf nur 60 Mio. € reduziert würden, die auf Landesebene zur Verfügung stünden, seien erkennbar nicht ausreichend Mittel vorhanden.

Herr Hausmann (FDP) fragt nach, ob die in der Anlage 1 aufgeführten Maßnahmen von der zur Verfügung stehenden Summe von 4 Mio. € abhängig seien oder ob sich die Summe aus den förderfähigen eingereichten Anträgen bestimme.

Herr Plück (Verwaltung) erläutert, dass in der Anlage 1 alle Maßnahmen aufgeführt sind, die sich als Ergebnis aus dem Einplanungsgespräch ergeben haben. Im Wesentlichen richte sich die Aufnahme aufgrund der verengten Förderkriterien nach dem vorliegenden Baurecht und weniger nach den vorhandenen Mitteln, damit 2014 begonnen werden könne.

Herr Czerwinski (Bündnis90/Die Grünen) möchte erfahren, ob bei der Größe des Bezirks in den nächsten Jahren mit höheren Mitteln als 4 Mio. € zu rechnen ist.

Herr Vollstedt (Verwaltung) erläutert, dass eine Prognose schwierig sei. Es gehe nicht nur um mangelnde Mittel; ein fachliches Problem entstehe besonders durch die verengten Förderkriterien, wie z.B. der Wegfall von Neubauten von Ortsumgehungen zeige.

Der Verkehrsausschuss fasst zur Sitzungsvorlage 4/51 VA bzw. 6/55 RR vom 19.02.2014 mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Das Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau 2014 wird gemäß Anlage 1 dieser Vorlage beschlossen.

TOP 5: Förderprogramm für die Nahmobilität 2014

hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 5/51 VA bzw. 7/55 RR vom 19.02.2014

Herr Hildemann (SPD) verdeutlicht die Problematik, dass im letzten Jahr einvernehmlich zum Ausdruck gebracht worden ist, dass mehr Mittel für den Radwegebau als für Papier verwendet werden sollten. Aus diesem Grund **beantragt** er für die SPD-Fraktion, dass alle Maßnahmen,

die nicht den Bau von Radwegen umfassen aus dem Programm gestrichen werden und diese Mittel zu Finanzierung oder Anfinanzierung von Bauprojekten verwendet werden.

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt Herr Czerwinski (Bündnis90/Die Grünen) fest, dass die Streichung nicht als zielführend erachtet wird.

Herr Hausmann (FDP) meint, es bestehe ein Ungleichverhältnis zwischen der Förderung von Straßen für 4 Mio. € und der von Radwegen für 1,8 Mio. €.

Herr Hildemann (SPD) ist verwundert über die Äußerung von Herr Czerwinski (Bündnis90/Die Grünen) der letztes Jahr auch die Meinung vertreten habe, es würde zu viel Papier gefördert.

Herr Papen (CDU) betont die Wichtigkeit der Öffentlichkeitsarbeit, um das Ziel zu erreichen.

Herr Hildemann (SPD) vertritt die Meinung, dass nicht alles, was wünschenswert ist, durchgeführt werden kann und auch kleine Summen zur Anfinanzierung von Projekten dienen können.

Herr Selders (CDU) meint, in den kommenden Jahren solle die Förderung diese Öffentlichkeitsarbeit geringer werden.

Herr Czerwinski (Bündnis90/Die Grünen) möchte erfahren, wie viele Maßnahmen nicht gefördert werden konnten.

Herr Vollstedt (Verwaltung) legt dar, dass wenn der Wunsch bestehe, das Programm zu ändern, dieses dem Ministerium mitgeteilt wird, da dort die Kriterien festgelegt werden.

Herr Selders (CDU) schlägt vor, der neue Regionalrat möge sich mit dieser grundsätzlichen Frage beschäftigen und die Förderung solle jetzt nochmal so beschlossen werden.

Herr Hildemann (SPD) hält seinen Antrag weiterhin aufrecht.

Frau Sartingen (SPD) stellt zunächst den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

Der Verkehrsausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP ab.

Der Verkehrsausschuss fasst sodann zur Sitzungsvorlage 5/51 VA bzw. 7/55 RR vom 19.02.2014 einstimmig bei einer Stimmenthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Das Programm Nahmobilität 2014 wird gemäß Anlage 1 dieser Vorlage beschlossen.

TOP 6: Ergebnisdarstellung des Förderprogrammes 2013 für den kommunalen Straßenbau und der Nahmobilität
hier: Berichterstattung über die Ergebnisse im Jahr 2013

Gegenstand der Beratung war die Vorlage: 6/ 51 VA vom 19.2.2014

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage einstimmig zur Kenntnis.

TOP 7: Information der Verwaltung
- Betuwe

Herr Happe (Verwaltung) berichtet über den Sachstand zu Betuwe und RRX (siehe *Anlage 1*). Weiterhin weist er auf die Tischvorlage hin (Landtagsvorlage 16/1701: Planfeststellungen für den Bundes- und Landesstraßenbau im Land NRW für die Jahre 2000-2013).

Der Verkehrsausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

TOP 8: Verschiedenes

Fr. Saringen (SPD) und möchte erfahren, ob es bei der Fertigstellung der Sanierung Müngstener Brücke zu Schwierigkeiten kommt.

Herr Schiffer (FDP) schließt sich der Frage an und erläutert, dass es in der Vergangenheit schon Verzögerungen beim Baufortschritt gegeben hat.

Herr Vollstedt (Verwaltung) hat diesbezüglich keine Information von der Deutschen Bahn AG erhalten oder dem Eisenbahnbundesamt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 10.45 Uhr.

gez. Saringen
(Vorsitzende des
Verkehrsausschusses)

gez. Hausmann
(Stellv. Vorsitzender des
Verkehrsausschusses)

gez. Gunkel
(Schriftführerin)

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf
- Anwesenheitsliste -

Verkehrsausschusssitzung am 20.03.2014

Stimmberechtigte Mitglieder und Sachkundige Bürger:

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Amfaldern, Nanette	
Brandts, Reiner	√
Dr. Fils, Alexander	
Humpert, Karl-Heinz	
Kamps, Heinz-Peter	
Läckes, Manfred	
Meies, Fritz	√
Moritz, Arne	√
Müller, Michael	
Nordmann, Johannes	
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	√
Reiners, Hans W.	√
Schmickler, Günter	
Dr. Schmitz, Hans-Georg	
Schroeren, Michael	
Selders, Hannes	√
Steinmetz, Jürgen	
Tups, Rolf	√
Vielhaus, Ewald	
Weigel, Andreas	√
Welter, Thomas	

FDP

Name	anwesend
Hausmann, Wolf D.	√
Laakmann, Otto	
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	

Die Linke

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	
Hengst, Jürgen	
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf	√
Jessner, Udo	
Münchow, Volker	
Reese, Klaus-Jürgen	
Rohde, Roland	
Sartingen, Gunhild	√
Sinowenka, Friederike	
Thiel, Rainer	
Thum, Regine	
Welp, Axel C.	√
Witzke, Hans-Jochem	
Wurm, Günter	
Zingler, Birgit	

Bündnis 90/Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Brücher, Bettina	
Czerwinski, Norbert	√
Krause, Manfred	
Leiß, Claudia	
Patalla, Sandra	
Sickelmann, Ute	
Voelker, Marcus	

FW NRW

Name	anwesend
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffman, Christian	Arbeitgebervertretung	
Dr. Siepmann, Udo	Arbeitgebervertretung	
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	
Reuter, Klaus	Arbeitnehmervertretung	√
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerken, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Bert	Naturschutzverbände	
Passmann, Bernd	Landschaftsverband Rheinland	
Düsseldorf	OB/Vertr.	√
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Herr Regierungsvizepräsident Schlapka

Herr Abteilungsdirektor Happe

Abteilung 2

Herr Regierungsdirektor Vollstedt

Dezernat 25

Herr Regierungsoberbaurat Plück

Dezernat 25

Herr Regierungsdirektor Goetzens

Dezernat 32

Frau Regierungamtfrau Gunkel

Dezernat 32

Frau Regierungamtfrau Sablofski

Dezernat 32

Anlage 1 Niederschrift VA vom 20.03.2014

Dezernat 25
25.17.01.01

Düsseldorf, 14.03.2014
H. Busch, -3281

DB-Strecken „ABS 46/2 Grenze D/NL - Emmerich – Oberhausen („Betuwe“-Linie)“ und „Rhein-Ruhr-Express (RRX)“

Sachstandsmitteilung für den VA des Regionalrats am 20.03.2014

Seit der Sachstandsmitteilung im VA am 04.12.2013 stellen sich die Verfahrensstände bei der BR Düsseldorf wie folgt dar:

1. Verfahren Errichtung 3. Gleis „Betuwe“

Hierzu sollen 12 Planfeststellungsverfahren geführt werden. Bei der BezReg liegen vom EBA **elf** Anträge zur Durchführung der Anhörungsverfahren vor:

- PFA 3.1 Rees-Haldern

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 23.02.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Diese Gegenäußerung liegt der BR seit dem 14.11.2013 vor und ist Grundlage für weitere durch die BR durchzuführende Abstimmungen sowie für den sich anschließenden Erörterungstermin.

Neu: Der Erörterungstermin wird nach jetziger Planung im Juni 2014 stattfinden, der genaue Termin wird im April 2014 festgelegt.

[Einwendungen: **260** Stück]

- PFA 1.1 Oberhausen

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 21.03.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort bearbeitet. Die daraufhin von der DB erstellte Gegenäußerung liegt der BR seit dem 24.06.2013 vor.

Nach Prüfung der Gegenäußerung auf die Erörterungsreife und deren Überarbeitung wurde am 20.11.2013 in Oberhausen der (erste „Betuwe“-)Erörterungstermin 58112/2014

durchgeführt Von den rd. 30 Einwendern haben 13 am Termin teilgenommen. Von den TöB waren 19 Vertreter anwesend. Der Termin konnte in sachlich-konstruktiver Atmosphäre an einem Tag durchgeführt werden. Hauptdiskussionspunkte waren erwartungsgemäß Grundstücksinanspruchnahmen, Lärmbeeinträchtigungen und BÜ-Beseitigung bzw. –ersatz. Im Nachgang sind jetzt von der DB verschiedene Erläuterungen sowie Änderungen/Ergänzungen des Antrags als sogenanntes Deckblatt vorzulegen und zu prüfen. Danach ist der Antrag zur abschließenden Prüfung und Entscheidung an das EBA als Planfeststellungsbehörde zurückzugeben. (kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **30** Stück]

- PFA 3.3 Emmerich-Praest

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind ebenfalls abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 02.05.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und werden dort zur Gegenäußerung bearbeitet. (kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen **780** Stück]

- PFA 1.4 Voerde

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind ebenfalls abgeschlossen. Die Einwendungsfrist für private Einwender endete am 05.12.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und werden dort derzeit zur Gegenäußerung bearbeitet. (kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **890** Stück, zuzüglich **1.300** via Unterschriftsliste]

- PFA 1.3 Dinslaken

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind auch hier abgeschlossen. Die Einwendungsfrist für private Einwender endete am 18.12.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und werden dort zur Gegenäußerung bearbeitet. (kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **580** Stück]

- PFA 2.3 Hamminkeln-Mehrhoog

Die Offenlage der Antragsunterlagen in Hamminkeln begann am 11.03.2013 und endete am 10.04.2013. Die sich anschließende zweiwöchige Einwendungsfrist endete am 24.04.2013. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übersandt und werden dort derzeit zur Gegenäußerung bearbeitet.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **919** Stück]

- PFA 3.2 Rees

Der Planfeststellungsantrag wurde als siebtes Verfahren am 14.06.2013 bei der BR eingereicht. Die Offenlage der Antragsunterlagen in Rees begann am 07.10.2013 und endete am 06.11.2013. Die Einwendungsfrist endete am 20.11.2013.

Neu: Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB im Rahmen des Einwendungsmanagements übermittelt und werden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

[Einwendungen: **1404** Stück]

- PFA 2.1 Friedrichsfeld

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR am 15.08.2013 vorgelegt. Die Offenlage der Antragsunterlagen begann am 22.10.2013 und endete am 21.11.2013. Die Einwendungsfrist endet am 05.12.2013.

Neu: Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB im Rahmen des Einwendungsmanagements übermittelt und werden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

[Einwendungen: **404** Stück]

- PFA 2.2 Wesel

Der Planfeststellungsantrag wurde am 05.09.2013 bei der BR eingereicht. Die Offenlage der Antragsunterlagen in Wesel begann am 04.11.2013 und endete am 03.12.2013. Die Einwendungsfrist endete am 17.12.2013. (kein geänderter Sachstand)

[Anzahl der (vielen) Einwendungen ist noch nicht bekannt]

- PFA 1.2 Oberhausen-Sterkrade

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR als 10. Verfahren am 12.11.2013 vorgelegt. Die Unterlagen werden in den nächsten Wochen auf deren Tauglichkeit für die Offenlage geprüft. Für den Beginn der Offenlage wird Mitte Januar 2014 angestrebt.

Neu: Die Offenlage der Antragsunterlagen in Oberhausen begann am 03.02.2014 und endete am 02.03.2014. Die Einwendungsfrist endete am 17.03.2014

[Anzahl der Einwendungen ist noch nicht bekannt]

Neu:

-PFA 3.4 Emmerich

Der Planfeststellungsantrag 3.4 wurde der BR Düsseldorf als 11. Verfahren am 18.02.2014 vorgelegt. Nach der Prüfung der Unterlagen bezüglich der Tauglichkeit zur Offenlage wird diese im Mai 2014 angestrebt.

Ausblick

Der als einziger noch ausstehende Planfeststellungsantrag **PFA 3.5 Emmerich-Elten** soll nach Auskunft der DB in 2014 vorgelegt werden, so dass eine Offenlage der Antragsunterlagen voraussichtlich noch in diesem Jahr stattfinden wird.

2. Verfahren Rhein-Ruhr Express (RRX)

Hier sollen insgesamt 13 Planfeststellungsverfahren geführt werden, davon fallen 8 Verfahren in die Zuständigkeit der BR Düsseldorf. Bei der BR liegen derzeit die folgenden **drei** Verfahren vor.

- PFA 1.3 Leverkusen-Rheindorf – Langenfeld-Berghausen

Der Antrag wurde ab dem 23.04. bis zum 22.05.2012 in der Stadt Langenfeld ausgelegt. Die Einwendungsfrist endete am 05.06.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet. Die Gegenäußerung wurde der BR von der DB vorgelegt und zwischenzeitlich auf die Geeignetheit zur Durchführung eines Erörterungstermins geprüft.

Neu: Der Erörterungstermin hat am 22.01.2014 stattgefunden. Der eintägige Termin mit etwa 80 Teilnehmern ist sachlich verlaufen, in einzelnen Streitpunkten konnte eine Lösung gefunden werden. Der Termin hat aber auch ergeben, dass Planänderungen im Rahmen eines Deckblattverfahrens durchzuführen sind, bevor der Anhörungsbericht des Dezernates 25 zur Versendung an das Eisenbahnbundesamt vorbereitet werden kann.

- PFA 4 Mülheim an der Ruhr

Das EBA hat aufgrund der geringfügigen Änderungsmaßnahmen entschieden, für diesen Abschnitt ein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen. In diesem Verfahren wurde die BR am 07.05.2013 (Eingang) als TÖB beteiligt und um

Stellungnahme gebeten.

Nach Beteiligung der Fachdezernate wurde die Stellungnahme der BR an das EBA gesandt. Am 31.10.2013 hat das EBA die Plangenehmigung erlassen. (kein geänderter Sachstand)

-Neu:

-PFA 5a Essen

Der Planfeststellungsantrag 5a ist am 12.03.2014 bei der BR Düsseldorf vorgelegt worden. Die Durchsicht und Überprüfung der Unterlagen zur Vorbereitung einer späteren Offenlage wird eingeleitet.

Konkrete Termine zur Vorlage weiterer Anträge für die Maßnahme „RRX“ sind der BR Düsseldorf seitens der DB und des EBA nicht mitgeteilt worden.

Das MBWSV hat seit Ende Februar 2014 im Rahmen der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit den betroffenen Bezirksregierungen und der DB für die beiden Verfahren zwei Internetseiten gestaltet, die über die aktuellen Sachstände informieren:

- <http://www.rrx.de/index.php?id=60>
- http://www.mbwsv.nrw.de/verkehr/nahverkehr/Bus_Bahn/Planungsstand_Betuwe/index.php

gez. Busch